



Änderungsantrag zu: Inhaltliche Stellungnahme der
Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
zum Bürgerentscheid "Verpachtung städtischer Flächen zur
Errichtung von Containerdörfern" nach § 17 (2) KV-DVO M-V
Antrag zur Vorlage BV-P-ö/07/0302

Einbringer/in Grit Wuschek	Datum 22.05.2023
-------------------------------	---------------------

Beratungsfolge		Sitzungsdatum	Beratung
Hauptausschuss (HA)	Beratung	22.05.2023	Ö
Bürgerschaft (BS)	Beschlussfassung	05.06.2023	Ö

Beschlussvorschlag

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die nachfolgenden Änderungen:

I.

Der Satz „Unterstützt durch die CDU-Fraktion, die Fraktion BG/FDP/KfV, die AfD-Fraktion und das Einzelmitglied Christian Kruse“ wird geändert zu:

„Unterstützt durch die CDU-Fraktion, die Fraktion BG/FDP/KfV, die AfD-Fraktion und die Einzelmitglieder Christian Kruse und Grit Wuschek“

II.

Der Satz „Frau Huhn, Herr Kerl, Herr Khalil und Frau Wuschek haben keine Stellungnahme abgegeben.“ wird geändert zu:

„Frau Huhn, Herr Kerl und Herr Khalil haben keine Stellungnahme abgegeben.“

III.

Das beigefügte Dokument wird als letzte Seite (alphabetische Sortierung der Einzelmitglieder) an das Gesamtdokument angehängt

IV.

Die Stellungnahme des Präsidenten der Bürgerschaft wird unter der Überschrift "Argumente für die Abstimmungsoption „NEIN“" am Ende des 3. Absatzes ergänzt um:

"Bezüglich der Nutzung von Turnhallen widerspricht dies dem bestehendem Kreistagsbeschluss, Beschluss-Nr.: 431-21/23 12, 2) der wörtlich lautet:

„Der Kreistag spricht sich deshalb dafür aus, dass für die weitere Unterbringung von Asylsuchenden/Flüchtlingen im Landkreis Vorpommern-Greifswald keine Sport-/Turnhallen genutzt werden sowie der Landkreis und die Gemeinden bei der

Bewältigung der Betreuungsaufgabe nicht ohne die Unterstützung des Landes MV bleiben können.“

Der Landrat ist bei den Unterbringungen an den Kreistagsbeschluss vom 27.02.2023 gebunden und kann von der Stadt Greifswald keine Unterbringung in Turnhallen fordern, gar selbst in die Wege leiten.“

Sachdarstellung

Die Einreichung der Stellungnahme innerhalb der Frist war aus persönlichen Gründen nicht möglich.

Finanzielle Auswirkungen

Haushalt	Haushaltsrechtliche Auswirkungen (Ja oder Nein)?	HHJahr
Ergebnishaushalt	Nein	
Finanzhaushalt	Nein	

	Teilhaushalt	Produkt/Sachkonto/ Untersachkonto	Bezeichnung	Betrag in €
1				

	HHJahr	Planansatz HHJahr in €	gebunden in €	Über-/ Unterdeckung nach Finanzierung in €
1				

	HHJahr	Produkt/Sachkonto/ Untersachkonto	Deckungsvorschlag	Deckungsmittel in €
1				

Folgekosten (Ja oder Nein)?			
-----------------------------	--	--	--

	HHJahr	Produkt/Sachkonto/ Untersachkonto	Planansatz in €	Jährliche Folgekosten für	Betrag in €
1					

Auswirkungen auf den Klimaschutz

Ja, positiv	Ja, negativ	Nein
		x

Begründung:

Anlage/n

- 1 Stellungnahme des Einzelmitglieds Grit Wuschek zum Bürgerentscheid öffentlich



SN

GRIT WUSCHEK

EINZELMITGLIED DER BÜRGERSCHAFT

GRIT WUSCHEK

Hugo-Helfritz-Straße 1a
17489 Greifswald
grit.wuschek@web.de
0151 17264926

UNIVERSITÄTS- U. HANSESTADT GREIFSWALD

**DER OBERBÜRGERMEISTER • KANZLEI DER BÜRGERSCHAFT •
POSTFACH 3153 • 17461 GREIFSWALD**

Greifswald, 21.05.2023

Stellungnahme Bürgerentscheid am 18.06.2023 des Einzelmitgliedes Grit Wuschek

Am 18.06.2023 findet ein Bürgerentscheid statt, zur Frage:

Sind Sie dafür, dass im Eigentum der Universitäts- und Hansestadt Greifswald stehende Grundstücke zwecks Errichtung von Containerdörfern zur Unterbringung von Geflüchteten an den Landkreis Vorpommern-Greifswald verpachtet werden?

Ich stimme mit NEIN!

Wichtig ist das Bewusstsein, dass es bei dem Bürgerentscheid NICHT um die Frage der Solidarität geht, solidarisch sind wir alle! Sondern es geht ausschließlich um die Frage der Verpachtung von Grundstücken zur Errichtung von Containerdörfern. Diese Art der Unterbringung ist für mich nicht nur menschenunwürdig, sondern vor allem nur eine temporäre Lösung. Genauso wie eine Unterbringung in Sporthallen, KITAS etc., wo ein nächstes Bürgerbegehren bereits in Arbeit ist. Jede Art von Hilfe muss menschenwürdig sein und eine WIRKLICHE Hilfe sein. Um das zu bewerkstelligen und zu analysieren, habe ich einen Antrag in die Bürgerschaft eingebracht, wo ich um Ermittlung der derzeitigen Kapazitäten bat. Konkret: wieviel Sozialarbeiter, Wohnungen, Ärzte, Dolmetscher etc. können wir vorweisen. Anhand einer solchen Analyse kann ohne Gefährdung der derzeitigen Versorgungssituation der Greifswalder sowie ohne Schüren von Konfliktpotential wirkliche Hilfe angeboten werden. Dafür und für direkte Basisdemokratie stehe ich und bitte alle Greifswalder zur Wahl zu gehen und mit NEIN abzustimmen. Grit Wuschek, Dipl.-Jur.



SN

GRIT WUSCHEK
EINZELMITGLIED DER BÜRGERSCHAFT